



Datum: 30.11.2022  
  
**Oberbürgermeister**  
Fachstelle für Demokratie  
FgR**Mitzeichnung Beschlussentwurf „Neukonzeption des Instituts für Stadtgeschichte und Erinnerungskultur“**

Die Fachstelle für Demokratie gibt folgende Stellungnahme zum oben genannten Beschlussentwurf ab. Es wird darum gebeten, diese der Sitzungsvorlage als Anhang beizufügen.

Einbindung der Zivilgesellschaft auf Augenhöhe

Wir begrüßen es sehr, dass sich die erinnerungskulturelle Arbeit der Landeshauptstadt München in den vergangenen Jahren intensiv und zunehmend der Aufarbeitung und Erinnerung rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt- und Terrorakte in der Zeit nach 1945 zugewandt hat. Dies war und ist – gerade vor dem Hintergrund der massiven Versäumnisse der Vergangenheit, auf die in Anlage 3 der Beschlussvorlage selbstkritisch eingegangen wird – ein wichtiger Schritt. In den Jahrzehnten davor waren es insbesondere zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte, engagierte Einzelpersonen sowie Betroffene und Überlebende, die diese Aufarbeitung und Erinnerung betrieben und eingefordert haben – oftmals, ohne Gehör in staatlichen und städtischen Behörden zu finden. In Bezug auf das Oktoberfest-Attentat sind hier in erster Linie der Journalist Ulrich Chaussy, der Anwalt Werner Dietrich, das Antifaschistische Informations- und Dokumentationsarchiv (a.i.d.a.) sowie die DGB-Jugend München, die seit 40 Jahren die Gedenkfeier für die Opfer und Überlebenden ausrichtet, zu nennen.

Ohne deren beharrliches Engagement und ohne deren wichtige Arbeit wäre die Erinnerungskultur in München deutlich ärmer, das (historische) Wissen deutlich begrenzter. Dies gilt zum Beispiel auch für die Antisexistische Aktion München (ASAM) sowie den Publizistikpreisträger der Landeshauptstadt München, Robert Andreasch, und die Journalistin Lina Dahm, ohne deren Initiative der rechtsextreme Anschlag auf die Diskothek „Liverpool“ in der Schillerstraße und die Erinnerung an dessen Opfer – insbesondere die ermordete Corinna Tartarotti – heute wohl vollständig verblasst wären.

Gerade weil diese Initiativen Leerstellen gefüllt haben, und weil dieses zivilgesellschaftliche Engagement die rechtsextremen Anschläge der Zeit nach 1945 und deren Opfer vor dem Vergessen bewahrt hat, ist es aus unserer Sicht unerlässlich, dass diese Initiativen, Projekte und Einzelpersonen sowie Betroffene und Überlebende (auch) künftig eng und auf Augenhöhe in die erinnerungskulturelle Arbeit der Stadt eingebunden werden. Dies gilt insbesondere für die Planung und Gestaltung zentraler Gedenkveranstaltungen, das Verfahren zur Weiterentwicklung der Dokumentation Oktoberfest-Attentat sowie die Grundlagenrecherche für vergleichbare Projekte und deren Entwicklung.

Anmerkung zum „Nationalen Gedenktag für die Opfer terroristischer Gewalt“

Zum „Nationalen Gedenktag für die Opfer terroristischer Gewalt“ möchte die Fachstelle für Demokratie anmerken, dass sich dieser Gedenktag – wie der Titel bereits sagt – auf eine nationale, bundesweite Ebene bezieht. Aus unserer Sicht sollte im Rahmen der städtischen

Erinnerungskultur auch künftig unbedingt darauf geachtet werden, dass die konkreten rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Gewalt- und Terrorakte in München nach 1945, deren Spezifika sowie deren Opfer und Betroffene im Zentrum stehen. Damit soll selbstverständlich auch eine Auseinandersetzung mit ideologischen Kontinuitäts- und Verbindungslinien sowie personellen und strukturellen Verbindungen zwischen Münchner Ereignissen und anderen nationalen oder internationalen Terror- und Gewaltakten einhergehen. So sinnvoll ein zentrales Gedenken auf Bundesebene vielleicht sein mag, so sehr ist auf städtischer Ebene darauf zu achten, die konkreten Taten und Zusammenhänge nicht aus dem Blick zu verlieren. Wir sehen daher einen Fokus auf den 11. März kritisch und plädieren dafür, weiterhin möglichst konkrete stadthistorische Bezüge herzustellen.